

BESTIMMUNGEN DER GEMEINDE SCHÖNAICH ÜBER DIE STELLPLATZABLÖSUNG

Die vom Gemeinderat der Gemeinde Schönaich am 25. Januar 1989 aufgrund § 39 Absatz 5 Satz 4 der Landesbauordnung erlassenen allgemeinen Bestimmungen über die Ablösung der Stellplatzverpflichtung wurden vom Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung am 24. Mai 1994 geändert und wie folgt beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

Abgegrenzt ist der Geltungsbereich der allgemeinen Bestimmungen über die Stellplatzablösung durch die Bühlstraße im Norden, die Hofstraße, Schulstraße und Böblinger Straße im Westen, die Wettgasse, das Kirchgäßle und die Entengasse im Süden sowie durch die Waldenbacher Straße und die Kleine Gasse im Osten.

Maßgebend ist der beigefügte Lageplan mit Umfangsgrenze des Ortsbauamtes vom 09. Mai 1994.

§ 2

Ablösung

1. Die Pflicht zur Herstellung von Stellplätzen (Stellplatzpflicht) gem. § 39 Absatz 1 und 4 der Landesbauordnung kann abgelöst werden, wenn ein Bauvorhaben im Geltungsbereich nach § 1 verwirklicht werden soll und wenn die Herstellung von Stellplätzen im Rahmen der gesetzlichen Pflicht nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist.
2. Die Ablösung kann auf Teile der Stellplatzpflicht beschränkt werden.
3. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 3

Ablösungsbetrag

Der Ablösungsbetrag beträgt für das gesamte Gemeindegebiet einheitlich 10.000,00 € pro Stellplatz.

§ 4

Zustimmung zur Ablösung

Die Zustimmung der Gemeinde erfolgt unter folgenden Auflagen und Bedingungen:

1. An die Gemeinde Schönaich ist nach § 2 festgesetzte Betrag zu zahlen.
Der Betrag ist sofort fällig.
2. In die Baugenehmigung ist folgende Bedingung aufzunehmen:
„Der Baubeginn ist erst zulässig, wenn der Baurechtsbehörde eine schriftliche Bestätigung der Gemeinde Schönaich über den Eingang des nach § 2 dieser Bestimmungen festgesetzten Betrages zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung des Bauherrn vorliegt. Diese Verpflichtung gilt auch gegenüber Rechtsnachfolgern des Bauherrn.“

§ 5

Abweichungen

Über die Abweichungen von den Auflagen und Bedingungen (§ 3) entscheidet der Ausschuss für Technik und Umwelt.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Bestimmungen treten am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.